



Dienstag, 22. September 2026, 16:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Der legale Räuber

Der Staat greift tief in die Taschen seiner Bürger, doch von Steuergerechtigkeit ist er weit entfernt.

von Uwe Froschauer
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Melnikov Dmitriy)

Besteuert werden in Deutschland Einkommen, Konsum, Eigentum und Vermögensübertragungen, während der Apparat des Staates wächst. Gleichzeitig werden gigantische Summen für Aufrüstung

mobilisiert und soziale Sicherungssysteme auf den Prüfstand gestellt. Kleine und mittlere Einkommen sollen nun steuerlich entlastet werden. Gut so. Aber reicht das? Steuergerechtigkeit bemisst sich nicht allein daran, wie viel ein Staat einnimmt. Sie bemisst sich auch daran, wem er wie viel nimmt – und wofür er das Geld ausgibt. Frei nach Augustinus, fragt Uwe Froschauer deshalb: Was ist ein Staat ohne Steuergerechtigkeit anderes als ein Räuber?

1. Vom Recht zu nehmen – und der Pflicht, Maß zu halten

„Was sind Reiche ohne Gerechtigkeit anderes als große Räuberbanden?“, fragte Augustinus vor mehr als 1.600 Jahren sinngemäß in seinem Werk *De civitate Dei*. Die Frage hat nichts von ihrer Sprengkraft verloren.

Selbstverständlich braucht ein funktionierender Staat Steuern. Straßen, Schulen, Polizei, Gerichte, Krankenhäuser, Verwaltung, Infrastruktur und soziale Sicherung gibt es nicht zum Nulltarif. Ich stelle deshalb nicht das Recht des Staates infrage, Steuern zu erheben. Ich stelle die Frage nach dem Maß, nach der Verteilung und nach der Verwendung.

Wie tief darf ein Staat seinen Bürgern in die Tasche greifen? Wer wird besonders stark belastet? Wer kann sich der Belastung leichter entziehen? Und was geschieht mit dem Geld?

Diese Fragen sind in Deutschland alles andere als akademisch.

Deutschland gehört bei der Belastung von Arbeitseinkommen zur Weltspitze. Für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder errechnete die OECD für 2025 einen Steuer- und Abgabenkeil von 49,3 Prozent der Arbeitskosten. Gemeint ist damit der Anteil der gesamten Arbeitskosten, der durch Einkommensteuer sowie die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgezehrt wird. Nur Belgien lag unter den OECD-Staaten noch höher.

Fast jeder zweite Euro der Arbeitskosten verschwindet damit in Steuern und Sozialbeiträgen, bevor über das verbleibende Einkommen frei verfügt werden kann. Danach kommt der Fiskus beim Konsum wieder vorbei: Mehrwertsteuer, Energiesteuern und diverse weitere Abgaben lassen grüßen.

Von einer Steuerquote von „über 50 Prozent“ möchte ich dennoch nicht sprechen. Das wäre methodisch unsauber, weil die verschiedenen Steuern unterschiedliche Bemessungsgrundlagen haben und nicht einfach addiert werden dürfen. Die belegbaren 49,3 Prozent beim Steuer- und Abgabenkeil sind drastisch genug.

2. Klingbeils Entlastung — zehn Milliarden gegen einen gewaltigen Abgabenberg

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil möchte gegensteuern. Das Bundeskabinett beschloss am 2. September 2026 den Entwurf eines Einkommensteuerreformgesetzes 2027. Das Entlastungsvolumen soll zehn Milliarden Euro betragen. Profitieren sollen vor allem kleine und mittlere Einkommen sowie Familien mit Kindern.

Klingbeil formuliert das so:

„Wir entlasten Familien mit Kindern. Wir sorgen dafür, dass am Ende des Monats etwas mehr zum Leben übrigbleibt.“

Und weiter:

„Arbeit und Leistung sollen sich stärker lohnen.“

Dagegen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Die Frage lautet vielmehr: Warum erst jetzt – und warum in dieser Größenordnung?

Zehn Milliarden Euro Entlastung hören sich nach viel Geld an. Gemessen an der gesamten Belastung der Bürger und an einem Bundeshaushalt von mehr als einer halben Billion Euro relativiert sich die Zahl schnell. Der Regierungsentwurf für 2027 sieht Ausgaben von rund 555 Milliarden Euro vor. Gleichzeitig nimmt der Staat enorme neue Schulden auf.

Klingbeils Reform ist deshalb nur vordergründig eine Entlastung. Man sollte sie nicht kleiner reden, als sie ist. Man sollte sie aber auch nicht größer reden. Ein Hochabgabenland wird nicht dadurch zum Steuerparadies, dass der Finanzminister einen Teil der zuvor entstandenen Belastung zurücknimmt.

3. Der Staat wächst – und der Bürger bezahlt ihn

Wer den Bürger zur Kasse bittet, sollte zumindest mit dem Geld sorgsam umgehen.

Der Staatsapparat ist in den vergangenen Jahren nicht gerade auf Diät gesetzt worden. Nach einer aktuellen Auswertung der Stellenpläne stieg die Zahl der Stellen in den über den gesamten Zeitraum vergleichbaren Bundesministerien und im Bundeskanzleramt von 22.429 im Jahr 2017 auf 26.505 im Jahr 2026.

Das sind 4.076 Stellen mehr beziehungsweise ein Zuwachs von 18,2 Prozent. Bei den Beamtenstellen betrug der Anstieg sogar 28 Prozent. Einschließlich neu geschaffener Ministerien sind 2026 in Bundesministerien und Kanzleramt 27.443 Stellen vorgesehen. Hinzu kommt das neue Digitalministerium mit 385 Stellen.

Nicht jeder zusätzliche Beamte ist überflüssig. Auch ein wachsender Aufgabenbestand kann zusätzliches Personal erforderlich machen. Nur sollte ein Staat, der seinen Bürgern ständig Reformbedarf, Sparzwänge und leere Kassen erklärt, dieselben Maßstäbe an sich selbst anlegen. Das vermisse ich.

Der Staat fordert Effizienz von Unternehmen. Er fordert Eigenverantwortung vom Bürger. Er diskutiert über längere Lebensarbeitszeiten, Sozialleistungen und Einsparungen. Bei der eigenen Organisation scheint der Sparwille erheblich weniger ausgeprägt zu sein.

Ein Staat darf nicht immer fetter werden und anschließend seinen Bürgern erklären, sie müssten den Gürtel enger schnallen.

4. Einmal verdient, mehrfach besteuert

Besonders augenfällig wird das Verhältnis zwischen Staat und Bürger beim Blick auf den Lebenszyklus eines Euro.

Ein Mensch arbeitet und erzielt Einkommen. Der Staat kassiert Einkommensteuer. Vom verbleibenden Geld kauft er Waren und Dienstleistungen. Der Staat kassiert Mehrwertsteuer und gegebenenfalls weitere Verbrauchsteuern. Er kauft ein Grundstück. Grunderwerbsteuer. Er besitzt Grund und Boden. Grundsteuer. Erzielt sein angespartes Kapital Erträge, werden diese grundsätzlich ebenfalls besteuert. Überträgt er Vermögen später auf seine Kinder, kann Erbschaft- oder Schenkungsteuer anfallen.

Formal juristisch gelten diese Belastungen nicht automatisch als unzulässige „Doppelbesteuerung“. Der Staat besteuert nämlich formal nicht immer dasselbe: Einmal wird das erzielte Einkommen besteuert, ein anderes Mal der Kauf einer Ware oder eines Grundstücks, später möglicherweise der Besitz einer Immobilie oder die Übertragung eines Vermögens auf die nächste Generation. Es handelt sich also um unterschiedliche steuerliche Vorgänge.

Für den Bürger bleibt faktisch dennoch die Tatsache bestehen, dass ein einmal erwirtschafteter Wohlstand im Laufe der Zeit mehrfach besteuert wird. Das Geld wurde durch Arbeit oder wirtschaftliche Tätigkeit verdient – und bei seiner Verwendung, seinem Besitz oder seiner Weitergabe greift der Staat erneut zu. Damit stellt sich die Frage, wie viele steuerliche Zugriffe auf bereits erworbenen Wohlstand noch angemessen sind.

Das ist für mich der Kern des Übels und die Verhaltensweise eines übergriffigen Staates. Nicht jede einzelne Steuer ist für sich genommen ungerecht. Die Summe der Zugriffe erreicht aber ein Ausmaß, bei dem der Bürger fragen darf und muss, für wen er eigentlich arbeitet.

Steuern finanzieren das Gemeinwesen. Sie sind aber kein Selbstzweck. Und der Bürger ist nicht die Melkkuh einer Politik, die ihre Ausgabenwünsche – beispielsweise für die sinnbefreite Kriegsverlängerung in der Ukraine (8,3 steuerfinanzierte Milliarden im Jahr 2025) – ständig erweitert und anschließend nach neuen Einnahmequellen sucht.

5. Arbeit, Erbschaft und Kapital – wo bleibt die Gerechtigkeit?

Steuergerechtigkeit bedeutet für mich nicht, erfolgreichen Menschen ihren Erfolg zu neiden. Auch wenn manche behaupten, Neid sei die deutsche Form der Anerkennung, gehört er dennoch nicht zu meinen Untugenden. Ich habe andere.

Wer eine Firma aufbaut, Arbeitsplätze schafft, Risiken übernimmt, Innovationen entwickelt, sechzig Stunden in der Woche arbeitet und damit ein Vermögen verdient, darf reich werden. Leistung muss sich lohnen. Alles andere wäre nicht sozial, sondern leistungsfeindlich.

Schwieriger wird es dort, wo Vermögen in gigantischer Höhe übertragen wird, ohne dass der Empfänger selbst einen entsprechenden Beitrag zu seiner Entstehung geleistet hat. Ein Unternehmen ist schließlich nicht allein das Werk seines Eigentümers. Seine Prosperität beruht auch auf den Leistungen Tausender Mitarbeiter, auf öffentlicher, steuerfinanzierter Infrastruktur, Rechtssicherheit, Bildungssystemen und einer Gesellschaft, die diese wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt ermöglicht.

Nach Klingbeils eigenen Angaben werden in Deutschland jährlich Vermögenswerte von etwa 300 bis 400 Milliarden Euro vererbt. Das Erbschaftsteueraufkommen liegt demgegenüber bei ungefähr 13 Milliarden Euro. Bei Betriebsvermögen existieren weitreichende Vergünstigungen. Das Bundesverfassungsgericht beschreibt diese selbst als Regelungen, die von einer „weitgehenden Steuerfreistellung“ bis unter bestimmten Voraussetzungen zu einem „vollständigen Erlass“ reichen können. Über die Verfassungsmäßigkeit dieser Privilegien wird im Oktober 2026 verhandelt. Schauen wir mal!

Da darf man schon einmal fragen: Warum wird Arbeit in Deutschland international außergewöhnlich hoch belastet, während sehr große Vermögensübertragungen teilweise weitreichende

Privilegien genießen?

Ähnliches gilt für Kapitalerträge. Ich möchte nicht unbedingt behaupten, Finanzmärkte erzeugten grundsätzlich keine volkswirtschaftliche Wertschöpfung. Unternehmen brauchen Kapital. Investitionen müssen finanziert werden. Ohne funktionierende Kapitalmärkte – abgesehen vom Casino-Kapitalismus – wäre eine moderne Volkswirtschaft kaum denkbar. So weit, so gut. Aber etwas anderes stört mich: Ein Arbeitnehmer kann seinen Arbeitsplatz, sein Einkommen und seine Steuerpflicht nicht mal eben nach Luxemburg, auf die Cayman Islands oder in eine internationale Holdingstruktur verschieben. Große Vermögen und international tätige Unternehmen besitzen Gestaltungsmöglichkeiten, von denen der normale Arbeitnehmer nur träumen kann.

Steuergerechtigkeit beginnt für mich dort, wo Leistung belastet wird, ohne diejenigen aus den Augen zu verlieren, die vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System in außergewöhnlichem Umfang profitieren.

6. Beim Sozialstaat wird gerechnet – bei der Aufrüstung geklotzt

Spätestens hier wird die Steuerfrage politisch explosiv. Und sie wird zu einer Frage der Gerechtigkeit. Wenn der Staat seinen Bürgern hohe Belastungen abverlangt, gleichzeitig bei sozialen Leistungen den Rotstift ansetzt und auf der anderen Seite gewaltige Summen für Aufrüstung mobilisiert, dann gerät nicht nur etwas aus dem Lot. Dann stellt sich die Frage, ob dieser Staat seine finanziellen Prioritäten noch im Interesse seiner Bürger setzt. Meines Erachtens tut er das nicht – und das schon lange nicht mehr!

Für 2027 plant die Bundesregierung Verteidigungsausgaben von 109,7 Milliarden Euro. Hinzu kommen Mittel aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Bis 2029 soll die NATO-Quote für Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Für die Unterstützung der Ukraine sind allein 2027 weitere 11,6 Milliarden Euro vorgesehen. In meinen Augen rausgeschmissenes, steuerfinanziertes Blutgeld!

Gleichzeitig wird über Einschnitte und Reformen im Sozialstaat gesprochen. Renten, Krankenversicherung, Pflege, Arbeitsmarktleistungen – plötzlich wird gerechnet, gemahnt und auf die Grenzen der Finanzierbarkeit verwiesen. Für 2027 sind zudem einschließlich der Sondervermögen neue Schulden von mehr als 200 Milliarden Euro vorgesehen.

Das passt für mich nicht zusammen. Beim Sozialstaat wird der Rotstift gezückt. Bei der Rüstung sitzt das Geld plötzlich locker. Ich habe bereits im Juli 2025 in meinem Artikel „Deutschlands Aufrüstung auf Kosten des Sozialstaats“ und später in „Sozialabbau für Kriegswirtschaft ist eine Kriegserklärung an das eigene Volk“ vor dieser Entwicklung gewarnt. Die Dimensionen sind inzwischen noch größer geworden.

Der deutsche Michel soll länger arbeiten, mehr Eigenvorsorge betreiben, steigende Sozialbeiträge schultern und Verständnis für Sparmaßnahmen aufbringen. Für Waffen, militärische Infrastruktur und die Fortsetzung der Ukraine-Unterstützung werden dagegen Milliardenbeträge mobilisiert.

Nein, Herr Klingbeil. So geht es nicht. Den Bürgern den Gürtel enger zu schnallen und gleichzeitig bei der Aufrüstung das Portemonnaie weit zu öffnen, ist eine Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, die ich nicht teile. Klingbeil begründete seinen Kurs am 8. September 2026 im Bundestag unter anderem mit den

Worten:

„Wir machen uns vor Putin nicht klein. Ohne neue Schulden sich zu verteidigen, das ist wie ohne Rakete zum Mond zu fliegen.“

Wenig später erklärte er:

„Wir haben unsere Sicherheit gestärkt, als Putin uns bedroht hat.“

Die Botschaft ist kaum misszuverstehen: Die enormen zusätzlichen Ausgaben für Verteidigung werden wesentlich mit der Bedrohung durch Russland gerechtfertigt.

Das halte ich für eine gefährliche und absolut bellizistische Verkürzung. Russland führt einen Krieg gegen die Ukraine – daraus folgt noch lange nicht, dass Putin Deutschland angreifen will. Wer eine Aufrüstung dieser Größenordnung mit einer russischen Bedrohung Deutschlands rechtfertigt, sollte für diese angenommene Angriffsabsicht belastbare Belege vorlegen. Die bloße militärische Fähigkeit Russlands ist noch kein Beweis für die Absicht, Deutschland oder einen anderen NATO-Staat anzugreifen. Der Besonnenheit Russlands – und ich hoffe, die Russen bleiben so besonnen – ist es meines Erachtens zu verdanken, dass wir noch keinen dritten Weltkrieg haben und Deutschland möglicherweise in Trümmern liegt, und nicht den USA und schon gar nicht den kriegstreiberischen europäischen Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland, deren unfähige Führer anstatt auf Diplomatie auf Konfrontation setzen, um ihr innenpolitisches Totalversagen zu kaschieren.

Noch weniger überzeugt es mich, wenn auf diese Weise hausgemachte finanzielle und strukturelle Probleme Deutschlands mit einer äußeren Bedrohung verknüpft werden. Die Probleme bei Renten, Pflege, Krankenversicherung, Infrastruktur oder Staatsfinanzen sind nicht in Moskau entstanden. Sie sind zu einem erheblichen Teil das Ergebnis politischer Entscheidungen in Berlin.

Dafür trägt Wladimir Putin keine Verantwortung, oder wie sehen Sie das, Herr Merz, Herr Klingbeil und Konsorten? Sie gefährden das Leben und die Zukunft meiner Tochter, und da verstehe ich absolut keinen Spaß!

Die Verantwortung für den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Niedergang Europas tragen diejenigen, die hierzulande und in der EU-Politik machen.

7. Russland zwingt uns! Wirklich?

Begründet wird die gigantische Aufrüstung immer wieder mit Russland.

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2027 steht ausdrücklich, Deutschland müsse seine Verteidigungsfähigkeit „insbesondere“ vor dem Hintergrund der „russischen Aggression in Europa“ stärken. Klingbeil verteidigte die massive zusätzliche Verschuldung Anfang September ebenfalls mit der Sicherheitslage. Deutschland könne seine Verteidigungsfähigkeit ohne zusätzliche Schulden nicht gewährleisten. Die aggressive Politik der NATO unter Trumps willfährigem Vasallen Mark Rutte verschweigt er.

Russland führt seit Februar 2022 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine — keine Frage. Angesichts der Anzahl völkerrechtswidriger Kriege der USA seit ihrem Bestehen ist Russlands Agitation jedoch eher Kinderfasching. Aus der von der NATO provozierten Aggression Russlands folgt für mich nicht, dass Russland Deutschland oder einen NATO-Staat angreifen will. Das halte ich für eine der Angsterzeugung dienende Lüge. Schämt euch für eure schamlose, nicht evidenzbasierte Behauptung!

Aus der Fähigkeit Russlands, einen NATO-Staat möglicherweise irgendwann militärisch angreifen zu können, wird in der politischen

Kommunikation allzu schnell die Vorstellung – oder auch die dem Volk zu kommunizierende Gewissheit, Russland werde es auch tun. Fähigkeit ist aber keine Absicht. Eine belastbare öffentliche Evidenz für einen konkret geplanten russischen Angriff auf Deutschland liegt nicht vor, und wenn doch, dann zeigen Sie mir diese Evidenz, Herr Klingbeil. Auch die Behauptung, Russland hätte eine mit Sprengstoff bestückte Drohne am Leipziger Flughafen platziert, löst sich immer mehr in Luft auf. Was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, Herr Dobrindt und Herr Wadephul, dieser an den Haaren herbeigezogenen Behauptung Gewissheit zu verleihen? Schämen Sie sich nicht dafür?

Russland bestreitet jedenfalls solche Absichten. Das beweist natürlich noch nichts. Regierungen sind nicht deshalb glaubwürdig, weil sie in Moskau sitzen – aber auch nicht deshalb, weil sie in Berlin oder Brüssel sitzen.

Wie auch immer. Eine derart folgenschwere Politik dieser vermaledeiten europäischen Kriegstreiber sollte mehr hervorbringen als bloße Bedrohungsszenarien. Die Arbeit Berlins und Brüssels sehe ich innenpolitisch und außenpolitisch als Armutszeugnis an. Gehen Sie endlich, Frau von der Leyen – Ladies first – und Herr Merz. Sie haben es nicht drauf! Sie arbeiten gegen das Volk, das Sie anscheinend für blöd halten, das aber Ihnen schon lange nicht mehr vertraut, wie letzte Wahlergebnisse zeigen!

Deutschland steht im Begriff, seine militärischen Ausgaben auf eine Größenordnung zu erhöhen, die noch vor wenigen Jahren politisch kaum vorstellbar gewesen wäre. Das Geld fehlt nicht irgendwo im luftleeren Raum. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Was in Rüstung fließt, steht für andere Aufgaben nicht zur Verfügung – oder muss über zusätzliche Schulden finanziert und später einschließlich Zinsen bedient werden.

Die Rüstungsindustrie darf sich über volle Auftragsbücher freuen.

Der Steuerzahler bekommt die Rechnung. Und möglicherweise noch etwas anderes: eine weitere Eskalation der Konfrontation mit der größten Atommacht.

Eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik muss verteidigungsfähig sein. Sie muss aber ebenso diplomatiefähig und vor allem friedensfähig bleiben. Aufrüstung ohne ernsthafte Diplomatie ist keine Sicherheitsgarantie. Sie führt nicht zur Sicherheit, sondern zum Sicherheitsrisiko.

Sie gefährden mit Ihrer unsäglichen Politik unser aller Leben, Herr Merz und Herr Klingbeil! Ein Tipp für Sie, ganz kostenlos, Herr Merz: Fahren Sie nach Moskau, machen Sie einen Kotau vor Herrn Putin – wenn Sie nicht wissen, wie das geht, erkundigen Sie sich bei Herrn Habeck –, sagen Sie Putin, dass es Ihnen leidtut, dass die deutsche Aggression vor circa 85 Jahren 27 Millionen russische Leben gekostet hat, und dass sich das nie, nie wieder wiederholen wird. Verbieten Sie Ihrem Kriegsminister Boris Pistorius, auch nur noch einmal das Wort Kriegstüchtigkeit in den Mund zu nehmen – und schwuppdwupp wird aus dem aktuellen Kriegskanzler Friedrich Merz ein Friedenskanzler! Ihre Zustimmungswerte würden steigen – garantiert! Wäre das nichts für Sie? Okay, bei Rheinmetall, BlackRock und Selenskyj wären Sie nicht mehr so gut angesehen. Kollateralschäden, nicht wahr? Andererseits: Bei Beibehaltung Ihrer jetzigen Politik werden Sie zurecht als schlechtester Kanzler ever in die deutsche Geschichte eingehen. Wollen Sie das? Ich hoffe, Sie können mir gedanklich folgen.

8. SPD — wessen Interessen vertritt diese Partei noch?

Besonders bitter empfinde ich die sich seit einigen Jahren vollziehende Entwicklung bei einer Partei, die das Wort „sozial“

bereits im Namen trägt. Ich war bis auf die letzten zehn Jahre ein überzeugter SPD-Wähler. Das hat sich grundlegend geändert.

Die organisatorischen Wurzeln der SPD liegen in der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Ferdinand Lassalle gründete 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. 1869 folgte unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. 1875 vereinigten sich beide Strömungen. Seit 1890 trägt die Partei ihren heutigen Namen.

Das Eisenacher Programm verlangte gleiche Rechte und Pflichten sowie die Abschaffung der Klassenherrschaft. Das Gothaer Programm sprach von der Beseitigung sozialer und politischer Ungleichheit. Die Partei organisierte Menschen, die gegenüber wirtschaftlich Mächtigen wenig Macht besaßen. Und heute?

Heute steht ein sozialdemokratischer – in Wirklichkeit neoliberaler – Finanzminister vor einem Haushalt mit Verteidigungsausgaben von knapp 110 Milliarden Euro. Gleichzeitig wird darüber debattiert, wie der Sozialstaat finanzierbar bleiben soll – na ja, mit massiven Einsparungen im Sozialbereich. Selbst bei der gesundheitlichen Vorsorge von Kindern wird inzwischen der Rotstift angesetzt. Kinderärzte warnen davor, dass die Budgetierung auch Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen treffen könnte. Ausgerechnet bei der Prävention für Kinder sparen zu wollen – geht's noch?
Was ist aus dieser Partei geworden?

Die SPD hat sich spätestens mit der Agenda 2010 weit von Teilen ihrer traditionellen sozialen Basis entfernt. Sie hat Deregulierung und einen großen Niedriglohnsektor mitgetragen und soziale Sicherheiten zurückgebaut. Heute trägt sie eine Politik mit, die Deutschland militärisch in Dimensionen aufrüstet, die vor wenigen Jahren noch als kaum finanzierbar gegolten hätten.

Dann wundert man sich über den Verlust von Wählerstimmen. Schuld ist natürlich die AfD, und selbstverständlich der angebliche Steigbügelhalter BSW in Sachsen-Anhalt, nicht wahr, Herr Lanz? Nein, Herr Merz und Herr Klingbeil, Ihre total verfehlte Innen- und Außenpolitik ist der unangefochtene Steigbügelhalter Nummer eins für die AfD.

Vielleicht sollte sich die SPD weniger darüber wundern, warum sie Stimmen verliert, und mehr darüber nachdenken. Eine Arbeiterpartei, die ihre Arbeiter verliert, hat kein Kommunikationsproblem. Sie hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Klingbeils Ansatz, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und große Erbschaften stärker in den Blick zu nehmen, weist für mich durchaus in die richtige Richtung. Aber: Zehn Milliarden Euro Steuerentlastung für Familien und Arbeitnehmer auf der einen Seite wirken bescheiden, wenn auf der anderen Seite dreistellige Milliardenbeträge für Verteidigung vorgesehen sind. Man muss sich doch auch fragen, wo die zehn Milliarden herkommen sollen. Der Staat selbst hat kein Geld. Holt er sie sich wirklich von den Begüterten, oder wandert es von der einen sozialen Tasche in die andere? Sozialdemokratische Politik müsste zuerst fragen, wie der Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung gesichert werden kann – und nicht, wie diese Bevölkerung die nächste Aufrüstungsrunde finanziert.

9. Der Bürger ist nicht der Geldautomat des Staates

Jetzt komme ich zurück zu Augustinus. Ich will keinen schwachen Staat. Ich will einen Staat, der seine Aufgaben erfüllt. Einen Staat, der Schulen instand hält, Brücken saniert, innere Sicherheit gewährleistet, eine menschenwürdige Pflege ermöglicht,

vernünftige Renten sichert und seinen Bürgern eine leistungsfähige Infrastruktur bereitstellt sowie Frieden gewährleistet und nicht den Krieg anheizt. Dafür zahle ich Steuern.

Was ich nicht akzeptiere, ist die Vorstellung, der Bürger sei ein nahezu beliebig anzupfender Geldautomat. Erst Einkommensteuer. Dann Verbrauchsteuern. Dann Steuern auf Eigentum und bestimmte Transaktionen. Dazu Sozialabgaben. Und wenn das Geld trotzdem nicht reicht: neue Schulden, die letztlich ebenfalls von den Bürgern und ihren Nachfahren getragen werden müssen.

Gleichzeitig wächst der Staatsapparat, und für eine massive militärische Aufrüstung werden Summen mobilisiert, bei denen die angebliche Unfinanzierbarkeit anderer Aufgaben plötzlich keine Rolle mehr spielt. Schämt euch!

Ein Staat besitzt Macht — das ist in Ordnung. Aber Macht braucht Grenzen. Steuern sind kein Beuterecht. Sie sind der finanzielle Beitrag der Bürger zu einem Gemeinwesen, das ihnen dienen soll. Dieses Verhältnis gerät aus den Fugen, wenn Belastungen immer weiter steigen, die Verteilung als ungerecht empfunden wird und politische Prioritäten sich zunehmend von den Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung entfernen.

Vielleicht sollte die Bundesregierung weniger darüber nachdenken, wo noch etwas zu holen ist, und stärker darüber, warum sie mit dem bereits Geholten nicht auskommt.

Augustinus stellte seine Frage vor mehr als anderthalb Jahrtausenden. Ich erlaube mir, sie für das Deutschland des Jahres 2026 ein wenig umzuschreiben und zu wiederholen:

Was ist ein Staat ohne Steuergerechtigkeit anderes als ein Räuber?



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.